

auf mindestens 1,5 Prozent abgesenkt werden muss. Auf der anderen Seite müsste die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts kontinuierlich sieben Prozent betragen, um – abstrahiert von seiner Distribution – den Wohlstand auch des unter der Armutsgrenze lebenden Teils der Bevölkerung zu erhöhen. Dieses Ziel ist unter den derzeitigen globalen ökonomischen Rahmenbedingungen wie steigenden Ölpreisen und wettbewerbsfähigeren Exportmärkten nicht leicht zu erreichen. Gerade deshalb ist eine Reduktion der Bevölkerungswachstumsrate besonders bedeutsam.

Für die nächste Generation wird Demografie sowohl in den entwickelten als auch in den Entwicklungsländern ein noch bedeutsamerer Einflussfaktor für Veränderungen werden. Fraglich ist jedoch, ob die von den United Nations in den *World Population Prospects* angenommenen 8 Milliarden Menschen im Jahr 2020 ernährt werden können. Diese Schätzungen sind

zweifelhaft und variieren – je nach dem gewählten Szenario – für das Jahr 2100 zwischen 7,5 und 14,2 Milliarden Menschen; dennoch ist es möglich, dass die tatsächliche zukünftige Bevölkerung außerhalb dieser Grenzen liegen wird. Ähnlichen Schwierigkeiten stehen pakistanische Demographen gegenüber, die zu ermitteln versuchen, wie hoch die pakistanische Bevölkerung in 50 oder 100 Jahren ausfällt.

Die Durchführung des Bevölkerungszensus im Herbst dieses Jahres ist wichtig für Pakistan und alle, die daran interessiert sind, was das derzeitige Ergebnis des ungebremsten Wachstums ist. Der Zensus liefert nicht nur Informationen über Personen und ihre Wohnorte untergliedert nach persönlichen Charakteristika wie Alter, Geschlecht, Familienstand etc., sondern auch ihre Ausbildung, Migration und ökonomische Charakteristika werden erfasst und stehen darauf für die Analyse des pakistanischen Humankapitalstocks

und die langfristige Wirtschaftsplanung zur Verfügung. Dennoch, zur Lösung des Problems sind über diese Bestandsaufnahme hinaus weiterführende Schritte erforderlich: Bildung ist ein Schlüssel zur Familienplanung und zur Senkung der Bevölkerungswachstumsrate. Trotz verstärkter Migration in die Städte leben nach wie vor 70 Prozent der pakistanischen Bevölkerung in ländlichen Gebieten, so dass die Regierung gerade dort für gesundheitliche Aufklärung sorgen muss.

Endnoten

¹Pakistan Statistical Year Book 2007

²www.adb.org/Documents/Fact_Sheets/PAK.pdf

³www.prb.org/Countries/pakistan.aspx

Sisyphos und déjà-vu

Interessenvertretung der Adivasi in Deutschland

Theodor Rathgeber

Lobby-Aktivitäten in Deutschland zugunsten der Adivasi in Indien zu entwickeln, ist ein mühevolleres Unterfangen. Die nachfolgende Skizze bisheriger Bemühungen und aktueller Herausforderungen belegt, dass es immer wieder mal gelingt, interessierte Gesprächspartner in Regierung und Parlament zu finden und etwas Sand ins Getriebe zu streuen. Gleichwohl droht die Entwicklungsdynamik des indischen Mainstreams selbst das bereits Erreichte immer wieder zu überrollen. Darüber hinaus tritt die Relevanz des Themas manchmal so drastisch vor Augen, dass verantwortliche Akteure in Ministerien und Durchführungsorganisationen vor den Folgen zurückschrecken.

Ein erstes nennenswertes und systematisches Bemühen, die Lebensentwürfe der Adivasi-Bevölkerung Indiens in Deutschland zur Geltung zu bringen, datiert auf das Jahr 1991 zurück. Das Internatio-

nale Jahr der indigenen Völker (1993) vor Augen, trafen sich Einzelpersonen und Organisationen mehrfach, um die erhoffte höhere Aufmerksamkeit für die Belange der Ureinwohner weltweit zugunsten der indischen

Adivasi zu nutzen. Das Kalkül ging durchaus auf. In einem eher weltfernen Tagungsort namens „Reichshof-Odenspiel“ traf sich 1993 auf Seiten der nicht-staatlichen Akteure in Deutschland fast alles, was damals

Rang und Namen in Sachen entwicklungspolitischer Zusammenarbeit mit Indien im Zeichen von „Self-Reliance“ aufwies. Aus diesem Arbeitszusammenhang entstand die Adivasi-Koordination in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 ist sie eingetragener Verein. Aus dieser Dynamik ging ebenso eine Reihe von Fachtagungen hervor, die bis zum Jahr 2001 unter dem Siegel „Adivasi-gerechte Entwicklung“ firmierten.

Adivasi waren bei diesen Tagungen jeweils prominent vertreten. Nach Reichshof-Odenspiel –anschließend Bonn, Brüssel, Amsterdam und die Schweiz – kamen führende Persönlichkeiten aus dem Bereich Selbstorganisation der Adivasi: Ram Dayal Munda, Bischof Nirmal Minz, Sidhraj Solanki, Sanhya Naik und als treibende Kraft der indischen Unterstützerbewegung Walter Fernandes vom *Indian Social Institute*. „Eingeschmuggelt“ in die erste Delegation hatte sich – aufgrund unserer Blauäugigkeit – auch H. Sudarshan, damals frisch mit dem alternativen Nobelpreis für seine Hilfe an den Soliga ausgezeichnet. Nach und nach entpuppte er sich jedoch als führende Figur der fundamentalistischen Hindu-Bewegung. Im Schnellgang lernten wir den substanziellen Unterschied zwischen den Götterwelten der Adivasi und denen der Hindu-Gläubigen. Dem Auftakt 1993 folgten weitere repräsentative Adivasi-Delegationen, die sich gleichzeitig mit den Sitzungen der UN-Arbeitsgruppe indigene Bevölkerungen in Genf vertraut machten.

Regierung und Bundestag

Auf Seiten der deutschen Regierung und des Bundestags trafen wir damals auf Ministerialrat Offermann vom *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) und Karl Kübler von der SPD, Vorsitzender der deutsch-indischen Parlamentariergruppe. Beide zeigten nicht nur fachliches Interesse sondern be-



Teilnehmende eines Fachseminars 2007 in den Räumen der Gossner Mission

mühten sich mit persönlichem Engagement etwa um hochrangige Gesprächstermine in ihren Häusern. Ministerialrat Offermann kam die Gelassenheit angesichts der bevorstehenden Pensionierung zugute. Klaus Kübler konnte auf die Kenntnisse seines zwischenzeitlichen Mitarbeiters Rainer Horig zurückgreifen. Klaus Kübler lancierte die erste (kleine) parlamentarische Anfrage zu Menschenrechten in Indien mit speziellem Bezug auf die Adivasi-Bevölkerung (1994). In den nachfolgenden Jahren gab es weitere Gelegenheiten, mit ranghohen Repräsentanten und Repräsentantinnen aus dem BMZ und Deutschen Bundestag zu diskutieren. Auch in nichtstaatlichen Organisationen wuchs die Sensibilität für Adivasi-spezifische Belange in der Entwicklungszusammenarbeit merklich. Dies ist allerdings sicher nicht nur dem Lobbying der Adivasi-Koordination zuzuschreiben, sondern mehr noch der international gestiegenen Sensibilität für das Thema „Indigene“.

Bis hierhin kann von erfolgreicher Interessenvertretung gesprochen werden. Die Adivasi-Koordination entwickelte sich zu einem anerkannten Gesprächspartner. In den Jahren 1996-98 diskutierten wir im Rahmen zweier Fachtagungen mit BMZ, KfW und GTZ sogar einen Verhaltenskodex für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Bezug auf Adivasi-Ge-

meinschaften. Ausgangspunkt waren immer wieder die Erfahrungen mit dem ehemaligen Vorzeigeprojekt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, dem Stahlwerk Rourkela und seinen verheerenden Folgen für die dort ansässigen Adivasis. Allerdings: Als die Bundesregierung 1998 eine andere Konstellation annahm, und manche der Beteiligten an unseren Debatten in leitende Positionen aufrückten, ließ das Interesse an diesen Inhalten nach oder verlagerte sich auf weniger schwierige Felder, wie die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern in Lateinamerika.

Fehlende Breitenwirkung

So erfolgreich die Adivasi-Koordination in Fachkreisen gewirkt haben mag, von einer breitenwirksamen Arbeit kann bis heute keine Rede sein. Viele Protestaktionen und Streitschriften gegen Dammbauten, Vertreibungen im Zuge von Naturparks, Industrieanlagen oder Infrastrukturmaßnahmen oder gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten haben einige neue Mitstreiter und Mitstreiterinnen gewinnen lassen. Ohne Zweifel gibt es auch eine eindrucksvolle Fülle an Publikationen vor allem aus dem Kollektiv SARI-NI (Heidelberg). Adivasi sind jedoch für Medien und Bevölkerung in Deutschland die großen Unbekannten geblieben. Das wirkt zurück auf die Lobby-Arbeit: Niemand wird

sich unseren menschenrechtlich basierten Anliegen entziehen wollen, aber ein durchschlagender Effekt auf die regierungsamtliche (Entwicklungs-) Zusammenarbeit mit Indien steht noch aus.

Dabei sind die inhaltlichen Auseinandersetzungen notwendig und aktuell wie eh und je. Indien figuriert als so genanntes Ankerland, die Investitions- und Konsumtionsmöglichkeiten locken private Anleger wie staatliche Programme für Strukturhilfen. Die Zerstörungspotentiale einer solch ungebremsen Entwicklung sind zur Genüge beschrieben, gleichzeitig droht Gebieten mit geringen Ressourcen die Marginalisierung und Abkoppelung von der gesellschaftlichen Entwicklung. Nur wenige Adivasi-Gemeinschaften könnten daraus Nutzen ziehen.

Umgekehrt fehlen vielen Adivasi-Gemeinschaften bis heute grundlegende Dinge, um sich selbst hinreichend für den Disput um Richtung und Qualität der Entwicklung befähigen und sich gegenüber der indischen Gesellschaft artikulieren zu können: funktionierende Schulen, Krankenstationen, Verbindungswege und Straßen zwecks Zugang zu Behörden und Märkten, Elektrizität, insgesamt eine Infrastruktur, um die Mühsal einer „backward area“ zu überwinden. In den Gesprächen mit den Adivasi-Partnern geht es dabei konkret um die Sicherung der Selbstversorgung (Stichwort Self-Reliance), konzeptionell um die Kontrolle über Maß, Geschwindigkeit und Qualität

der Entwicklung (Stichwort Selbstbestimmung).

Rollenzuweisungen für externe Akteure

Aufgrund dieser Gespräche sind wir zur Überzeugung gekommen, dass Entwicklung nicht ausreicht, soweit sie sich allein an der Überwindung von Armut orientiert. Hinzu kommen müssen zumindest genuine Verfahren und neue Rollenzuweisungen für externe Akteure. So können sich ausländische Investoren, Produzenten oder Dienstleister nicht einfach auf die gesetzestreue Umsetzung von Konsultationen, Verträglichkeitsprüfungen oder Entschädigungsregelungen auf indischer Seite verlassen, sondern müssen selbst Rechenschaft ablegen, inwieweit ihre Aktivitäten etwa internationalen Standards zum Schutz von indigenen Völkern entsprechen. Das Stahlwerk Rourkela ist dafür beredtes Beispiel.

Die Lobby-Bemühungen um einschlägige Rahmenbedingungen für eine Adivasi-gerechte Entwicklung umfassen eine Kombination aus vorhandenen Programmen und Projektansätzen sowie den energischen Hinweisen auf Lücken vor allem bei der Beteiligung der Adivasi an den sie betreffenden Vorhaben. Dies betrifft auch nicht-staatliche Organisationen. Ergänzend zum eigenverantwortlichen Handeln externer Akteure zielt die Lobby-Arbeit daher ebenso auf die Etablierung von Verfahren, die Adivasi-Gemeinschaften die Beteiligung an von außen induzierten Vorhaben von Beginn an ermöglicht.

In der internationalen Diskussion hat sich hier ein Konsultationsprozess als angemessen herausgeschält, der mit der Formel des „free, prior and informed consent“ (FPIC) inzwischen in allen einschlägigen Standards seinen Niederschlag gefunden hat. Auch im Konzeptpapier des BMZ zu indigenen Völkern in Lateinamerika



Letzte Sitzung der UN Arbeitsgruppe Indigene Völker in Genf 2005

(Nr. 141). An diesem Punkt befinden wir uns gerade: Wir wollen das BMZ überzeugen, die Einsichten aus dem Konzept zu Lateinamerika mit den notwendigen Anpassungen auf Indien bzw. Asien zu übertragen. Die Ministerin zeigt sich dafür offen, ein Teil der Verwaltung befürchtet unnütz zusätzliche Arbeit. Hardliner im Bundeswirtschaftsministerium wollen darüber nicht sprechen. Eine Serie von Fachkonferenzen im Herbst 2008 und Frühjahr 2009 soll daher den Diskurs darüber befördern.

Zum Autor

Vorstandsmitglied der Adivasi-Koordination, freiberuflich tätig als Gutachter für Menschenrechte, indigene Völker, Minderheiten und Entwicklungspolitik, Lehrbeauftragter an der Universität Kassel.

Theodor Rathgeber

Dieter Hecker, Gossmar Mission



Jüngste Lobbytour im Bundestag 2008, Gruppenbild mit Reichstag